

**Erklärung im Anschluss an einen Empfang von ca. 110
Vertreterinnen und Vertretern aus über 30 Religionsgemeinschaften
in Münster und Osnabrück am 19. November 2015 durch
Oberbürgermeister Markus Lewe/Münster und Oberbürgermeister
Wolfgang Griesert/Osnabrück im Rathaus zu Münster**

Wir, Oberbürgermeister Markus Lewe/Münster und Wolfgang Griesert/Osnabrück, geben aus Anlass eines interreligiösen Solidaritätsempfanges am 19. November im Rathaus zu Münster folgende Erklärung ab:

Wir sind geschockt durch die jüngsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Menschheit in Paris, Beirut, Bagdad und über dem Sinai. Wir fühlen uns verbunden mit den Opfern der brutalen Gewalt und mit den Politikern und Religionsgemeinschaften dieser Länder, die zu besonnener Reaktion aufgerufen sind. Angesichts dieser Situation fühlen wir Religionsvertreter und Politiker uns im Rahmen unserer regionalen Möglichkeiten verpflichtet, den Prozess der Friedensbildung mit rechtsstaatlichen Mitteln unbeirrt und verstärkt fortzuführen.

Der Westfälische Friede, der in unseren beiden Städten 1648 geschlossen wurde, hat auf der Grundlage des Paritätsprinzips eine neue Friedensordnung gleichberechtigter Staaten und Konfessionen in Europa geschaffen. Diesem Erbe fühlen wir uns verpflichtet. Gleichberechtigung, Freiheit, Demokratie und Würde bleiben trotz kultureller, religiöser und weltanschaulicher Differenzen ein Grundprinzip unserer gegenseitigen Solidarität und unseres gegenseitigen Respekts.

Wir sind überzeugt, dass alle Religionen ein großes Potential zur Lösung von Konflikten und zur Sicherung des Friedens besitzen. Wir appellieren, diese Potentiale in öffentlicher Verantwortung zu entfalten und jeder Tendenz zu religiöser Absolutheit und Gewalt zu widerstehen. Religion darf nie zur Ideologie degenerieren.

Religions- und Glaubensgemeinschaften sollten sich im Rahmen der Demokratie auch öffentlich äußern und öffentliche Verantwortung übernehmen – besonders in ethischen und sozialpolitischen Fragen. Dabei sollten sie so oft wie möglich zusammen arbeiten.

Ebenfalls sollten die verschiedenen Religionen mit humanistischen Weltanschauungen kooperieren, die sich für die genannten Werte intensiv einsetzen.

Wir warnen davor, Terrorismus in irgendeiner Weise mit der Flüchtlingsfrage zu verbinden. Wir müssen im Gegenteil Solidarität mit allen Flüchtlingen üben, die dem Terror in ihrem Land entflohen sind und nun den gleichen Terror in Europa befürchten. Sie sind in unseren Kommunen und Religionsgemeinschaften herzlich willkommen.

Wir rufen besonders die junge Generation auf, sich in ihrem direkten Lebensumfeld sowie in Politik und Gesellschaft für den Frieden und die Toleranz einzusetzen. Verantwortung zu übernehmen und in einen Dialog mit denjenigen Jugendlichen zu treten, die sich ausgegrenzt und diskriminiert fühlen.

Wir stehen zusammen in unbeirrter Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben trotz bzw. gerade wegen unserer kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Differenzen. Frieden und Gewaltfreiheit sind die Einheit in unserer Verschiedenheit.

Münster/Osnabrück 19. November 2015

Die anwesenden Religionsvertreterinnen und -vertreter und die

Oberbürgermeister Markus Lewe/Münster und Wolfgang Griesert/Osnabrück.